

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

3.4.1873 (No. 79)

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

N. 79.

Versteht täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 R. 12 S. durch die Post bezogen
1 R. 12 S. Vierteljährlich.

Donnerstag, 3. April

Erstausgabe für:
die gespaltenen Zeitungen oder deren
Raum 4 Kreuzer.

1873.

Bestellungen auf unser Blatt werden fortwährend von allen Postanstalten und Landpostboten entgegengenommen.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 29. März. (Nach der R. V. B.)

Präsident Debraud antwortet auf die Interpellation Böls, die Civilstandsregister betr., worüber wir bereits berichtet haben.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Berathung des Münzgesetzes.

Abg. Wilmanns erklärt sich mit dem Abg. Bamberger darin einverstanden, daß die Zulassung der Ausprägung von Goldmünzen für Privatrechnung gerechtfertigt erscheine. Er hält aber die in dieser Beziehung im Gesetz enthaltenen Beschränkungen für notwendig; denn das Reich habe Sorge dafür zu tragen, daß auch bei theueren Goldpreisen ein Ausfall von Circulationsmitteln nicht eintrete. Das Reich müsse also sowohl bei theueren wie bei billigen Goldpreisen die Ausprägung von Münzen vornehmen und im ersten Falle den Schaden allein tragen, während die Privatspeculation nur bei billigen Goldpreisen sich zu Ausprägungen verstehen werde. Es würde also zur Benachtheiligung der gesamten Steuerzahler führen, wenn man in dieser Weise den Großhandel begünstigen wollte. Redner bemerkt sodann noch, daß nach Ausführung dieses Gesetzes die Nothwendigkeit einer Reform des Bank- und Banknotenwesens sich von selbst ergeben werde. Er bittet schließlich, das Gesetz im Plenum des Hauses zu beraten.

Abg. Schön (Hamburg.) Was seine persönliche Stellung der Vorlage gegenüber anlangt, so könne er die isolirte Einbringung derselben nur auf's Tiefste bedauern; er hätte gewünscht, die Vorlage in Verbindung mit einem Banknotengesetz eingebracht zu sehen. Die Circulation des Goldes sei eine der schwierigsten Fragen, welche an den Reichstag jemals gestellt werden könnten. Es sei längst Bedürfnis gewesen, im Interesse des Gewerbes und des Handels regelmäßige Aufklärungen von den Regierungen zu erhalten; aber daß seitens derselben bis jetzt fast gar nichts geschehen sei, zeige eine große Verkennung des Wesens der Circulation. Die Bemerkung des Vorredners, daß die private Goldausprägung zur Speculation auf Kosten der gesamten Steuerzahler führen könne, wenn nicht beschränkende Bestimmungen festgesetzt würden, müsse er als eine irrige bezeichnen. Er sei mit dem Abgeordneten Bamberger vielmehr der Ansicht, daß diese Beschränkungen unbedingt beseitigt werden müßten. Nach Lage der Sache müsse er die Niederlegung einer Commission verlangen, da er die Verhandlungen im Hause für nicht zweckmäßig halte.

Abg. Gopelt bittet ebenfalls, die Vorlage an eine Commission zu verweisen. Im Uebrigen bleibt er auf der Journalistentribüne unverändert.

Abg. v. Loe. Dem Verlangen des Reichstages nach Vorlegung eines Banknotengesetzes ist die Reichsregierung mit dem Einwande begegnet, daß der Zusammenhang zwischen dem Münzgesetz und dem Banknotengesetz so innig sei, daß die Einbringung beider gleichzeitig erfolgen müsse. Leider hat uns die Reichsregierung nicht durch diese verheißene Zwillinggeburt erfreut. Es ist also bei ihr die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der gleichzeitigen Einbringung beider Gesetze schwächer geworden; bei mir ist sie namentlich Angesichts der preussischen Banknotenfabrik und deren Thätigkeit sehr viel stärker geworden. Ich werde das darthun, und bitte Sie, dieses Münzgesetz abzulehnen, und die Reichsregierung zu eruchen, es mit dem Banknotengesetz gleichzeitig wieder vorzulegen. Man wirft uns immer Particularismus vor, heute muß ich diesen Vorwurf der Reichsregierung zurückgeben. Die preussische Regierung hat nämlich ein lebhaftes Interesse an der Erhaltung der preussischen Banknotenfabrik. Die Ausgabe einer ungedeckten Banknote ist anerkannt eine Münzfälschung. (Heiterkeit.) Wir sehen nun in der preussischen Bank den großen Falschmünzer, ausgestattet mit einer unbeschränkten Creditbegnadigungsbesugnis als allergütigste, allerhöchste Vorlegung über den creditfuchenden Sterblichen waltend. Der unversiegbare Gnadenstrom seiner Creditbewilligung findet sein Aequivalent in dem unerschöpflichen Papierballen, den die eine Hand vermöge der unbeschränkten Banknotenpresse eben so rasch füllt, als ihn die andere Credit erhaltende leert. Diesem Großfalschmünzer der preussischen Bank (Heiterkeit) huldigt in inniger Anhänglichkeit eine täglich wiederkehrende Schaar aus dem Stande der Großcapitalisten, der Großwucherer, Großindustriellen und Großfabrikanten, während von diesem einträglichen Cultus das ganze Kleingewerbe, der ganze große und kleine Grundbesitz und der ganze Arbeiterstand herzlos ausgeschlossen ist. Wenn dieses Bild, was Sie nicht läugnen können, der Wirklichkeit entspricht, dann werden Sie mir zugeben, daß die preussische Bankbehörde, resp. die preussische Regierung ein lebhaftes Interesse hat an der Erhaltung dieser Münzfälschungsanstalt (große Heiterkeit), da ihre diese Banknotenpresse die Mittel zu diesem Cultus gewährt. Ich gönne ihr diesen Cultus, da ich für Cultusfreiheit bin; die Mittel jedoch, welche sich die preussische Regierung durch die Banknotenpresse verschafft, üben nicht nur eine gewaltige und unberechenbare Störung auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und Münzverhältnisse aus, sondern die Art der Verwendung dieser Mittel ist ein Hohn auf die Grundsätze der Gleichheit und Gerechtigkeit.

Die Privatgettelbanken, welche das von der Gesamtheit der Staatsangehörigen gegebene zinsfreie Darlehen lediglich zu ihrem eigenen Nutzen ausbeuten, sind bereits verurtheilt;

ich wünsche jedoch nicht, daß denselben ihr Privilegium ohne Entschädigung genommen werde. Ich will durchaus nicht, daß sie aus ihrem Besitz mit derselben brutalen Rücksichtslosigkeit ermittelt werden, wie es andern Reichsangehörigen im vorigen Jahre widerfahren ist.

Präsident Simon. Ich bitte den Redner auszusprechen, gegen wen er den Tadel der „brutalen Rücksichtslosigkeit“ richtet.

Abg. v. Loe fährt, ohne auf die Frage einzugehen, fort. Die Verteidiger dieser Banknotenpresse motiviren ihre Existenzberechtigung mit dem Sage, daß die Banknoten-Emission den Verkehr befruchte. Die Hoffnung auf dieses größte aller Naturgeheimnisse, den Befruchtungsproceß, ist sehr pflüßig eronnen, um den Aberglauben für die segensreiche Wirkung der Banknotenpresse bei der gedankenlosen Menge zu verbreiten und aufrecht zu erhalten. So gewiß aber der Dünger nur den Acker befruchtet, der ihn empfängt, so gewiß befruchtet die Banknotenpresse nur das Geschäft desjenigen, der bei der Bank accreditirt ist, resp. dessen Wechsel die Bank discountirt. Ich gehe sogar noch weiter. Die Düngung des einen Acker beinträchtigt keineswegs das Wachstum desjenigen Acker, der den Dünger nicht empfängt; hingegen hat der dem Einen vermöge der Hilfe der Banknotenpresse gewährte Vortheil den Nachtheil des Andern unmittelbar zur Folge: in der wirtschaftlichen Wettbewerbung, in jedem Geschäftsbetrieb verdrängt das Großcapital das Kleinkapital. Es sind von der Credit-Gnadenvertheilung absolut ausgeschlossen der ganze Grundbesitz, das ganze Kleingewerbe und der ganze Arbeiterstand; nur die höhern Stände auf dem Gebiete des Kapitalmarktes sind in den Banpalästen hoffähig. Die staatliche Banknotenpresse wird benutzt, um dem Großcapital im Concurrenzkampf mit dem Kleinkapital eine gewaltige Unterstützung zu verleihen, die sich im December vorigen Jahres nach dem Ausweise über die ungedeckten Noten auf 120 Millionen Thaler bezifferte.

So wird die Banknotenpresse zur stillen Theilnehmerin an einer großen Menge großer Unternehmungen. Daß diese durch nichts zu rechtfertigende, allen Grundätzen der Gleichheit und Gerechtigkeit hohnsprechende Operation sich in der ungehörtesten Weise bis jetzt hat geltend machen können, verdanken wir theilweise auch dem Umstande, daß, wie der Abg. Windthorst neulich mit Recht hervorhob, ein großer Theil der Presse im reichen Golddienste des Großcapitalis steht; und auch diejenige Presse, die aus dem sog. Welfenfond, aus dem Fond zur Corruption des deutschen Volkes gebildet wird, hat ebenfalls einen nicht geringen Theil daran.

Präsident Simon. Der Redner scheint es doch entschieden darauf anzulegen, daß ich ihn einmal zur Ordnung rufe: ich hätte mich dessen unendlich gern enthalten.

Abg. v. Loe: Diejenigen, allerdings, welche ein Interesse an der Ausbeutung der Majorität durch die Minorität haben, wenden ein, daß die Vortheile der Banknotenpresse nicht nur denjenigen, denen der Credit bewilligt wird, sondern auch den Andern, denen er nicht bewilligt wird, zu Gute kommen; aber sie unterlassen es wohlweislich zu sagen, wie dies geschieht; sie stellen es vielmehr Jedem frei, sich der Selbsttäuschung hinzugeben, daß er zu diesen Andern gehöre. Bei den in jedem Sommer wiederkehrenden Transactionen des Wollgeschäfts stellt die preuß. Banknotenpresse diesen Geschäften Millionen zur Verfügung, indem sie die Wechsel der Wollhändler discountirt. Der Vortheil, den die Wollhändler davon ziehen, ist klar; der Vortheil der Andern aber kann sich doch nur in einem Steigen oder Sinken der Wollpreise ausdrücken. Ob nun das Eine oder Andere geschieht, in jedem Falle übt hier der Staat einen durch nichts zu rechtfertigenden Einfluß auf die Preisregelung gewisser Bedürfnisse aus. Wenn er so das Recht hat, die Preissteigerung der Wollhändler zu befördern, warum sollen nicht mit demselben Recht die Producenten anderer Waaren, die Grundbesitzer, die Getreideproducenten dasselbe Verlangen an den Staat stellen? Im preuß. Abgeordnetenhaus. . . (Rufe links: zur Sache!)

Präsident Simon. W. S.! Sie rufen zur Sache. Der Redner will ausführen, das Münzgesetz sei abzulehnen, weil es nicht gleichzeitig mit dem Bankgesetz vorgelegt sei. (Abg. v. Loe: Sehr richtig! Große Heiterkeit.) Sie müssen darum auch die Ausdauer haben, anzuhören, in welcher Weise er die gegenwärtigen Bankzustände, wie sie sich in seinem Haupte darstellen, schildert und versucht, Ihnen dieselbe Ueberzeugung beizubringen, die er hat. (Heiterkeit.)

Abg. v. Loe. Am Ende des vorigen Jahres herrschte bei dem sehr hoch gestiegenen Bankdisconto eine gewaltige Geldnoth, deren Gründe den Gründern zugeschrieben wurden. Diese Gründer sind in der That in der letzten Zeit Gegenstand principell durchaus ungerechter Angriffe gewesen, insofern sie doch nichts anderes thun wie jeder andere handeltreibende auch, welcher seine Waaren möglichst billig einkauft, sie möglichst anpreist und möglichst theuer wieder verkauft. Der Vertreter der preussischen Bank erfreute nun das über die Gründer sichtlich enttäuschte Abgeordnetenhaus durch die Erklärung, daß er der gemeinschaftlichen Ueberspeculation durch Rescription der sog. Retzwechsel Einhalt gethan hätte. Dafür bezugte dann das Abgeordnetenhaus seine große Dankbarkeit, bedachte aber nicht, daß es gerade die preuß. Bank gewesen ist, welche die Ueberspeculation hervorgerufen hatte, indem sie den Gnadenstrom der Creditbewilligung bis dahin frei an alle möglichen Gründer hatte fließen lassen. Wenn Jemand Denjenigen, den er selbst erhängt hat, durch Abschneidung vom Stricke errettet, so kann man ihm doch dafür unmöglich die Rettungsmedaille bewilligen; das aber hat das preuß. Abgeordnetenhaus der preuß. Bank gegenüber gethan. Eine jede unbeschränkte Macht, im vorliegenden Falle die unbeschränkte Macht der Notenemission muß nothwendig zur Willkür und zu Mi-

derprüchen führen. So lange die Banknotenpresse in solcher Weise unbeschränkt thätig ist, sind alle Bestimmungen, welche die Erhaltung des Goldes im Lande bezwecken, vollkommen illusorisch. Ueben Sie daher wenigstens einen heilsamen Druck durch die Reichsregierung auf die Preussische Regierung aus, damit die Preussische Banknotenpresse beseitigt werde. (Schluß f.)

Deutschland.

Karlsruhe, 1. April. Gestern vor Mitternacht ist der preuß. ev. Seminardirector und Professor Wilhelm Stern dahier gestorben. Er war in Mosbach im Jahr 1792 geboren, studirte Theologie, wurde 1814 als Pfarrcandidat rezipirt, war seit 1823 als Professor und sodann als Direktor des hiesigen evang. Schullehrer-Seminars in Wirklichkeit und genoß seit einigen Jahren der wohlverdienten Ruhe nach langer, mühevoller Thätigkeit. (Karlsru. Ztg.)

* Karlsruhe, 2. April. Wir bringen die Rede des Abg. Lender in der Diätenfrage (Sitzung vom 26. März) nach dem stenographischen Wortlaut, da seine Wähler im 8. Wahlbezirk sich dafür interessieren dürften:

Meine Herren! Ich werde von dem, was der erste Herr Vorredner über die Diäten gesprochen hat, Einiges wiederholen. Der Hr. Abgeordnete v. Kufferow hat vorzugsweise geltend gemacht, daß das Bedenken einer Verfassungsänderung bei Gewährung von Diäten in Betracht komme. Wie dieses Bedenken in unserer Zeit gerechtfertigt ist, in welcher so wichtige Verfassungsparagraphen geändert worden sind, ist mir wenigstens nicht verständlich. Der Hr. Abgeordnete scheint den alten Satz außer Acht gelassen zu haben, welcher sagt: Qui nimium probat, nihil probat. Es hat die Diätenlosigkeit als die conditio sine qua non des Bestandes des Reiches und der Reichsverfassung hingestellt, als Correctiv für die allgemeine Abstimmung und ganz besonders als eine der Säulen, auf denen die Reichsverfassung stehe. Meine Herren, mir scheint für die Ausübung des Mandates in dem Reichstag Zweierlei nothwendig zu sein. Das Erste ist die nöthige Intelligenz und das Zweite der gute Wille. Die Schlussfolgerung des Hrn. Abgeordneten v. Kufferow würde dazu führen, daß die nöthige Intelligenz und der gute Wille nur da sei, wo die entsprechende Börse ist. Umgekehrt möchte ich sagen: wenn die allgemeine Stimmberechtigung eine Wahrheit sein soll, dann muß es den Abstimmenden auch frei gegeben sein, und zwar in Wahrheit freigegeben sein, den Mann zu wählen, von dem sie glauben, daß er am besten geeignet sei, ihre Interessen zu vertreten, und es geht nicht an, die zu Wählenden auf eine bestimmte Klasse, auf bestimmte Klassen zu beschränken.

Ganz besonders aber hat mich überrascht, daß der geehrte Hr. Vorredner das Moment der Billigkeit für sich geltend gemacht hat, das Moment der Billigkeit Angesichts der Thatsache, daß schon zum zweiten Mal ein Theil der Abgeordneten dieses Hauses ohne Diäten hier sitzt, während der größere Theil mit Diäten hier den Verhandlungen anwohnt. Meine Herren, es scheint mir vielmehr die Billigkeit zu fordern, daß keinem der Abgeordneten des Hauses ein größeres Opfer, als dem anderen zugemuthet wird. Daß der Hr. Vorredner die Erfahrung für sich in Anspruch genommen hat, ist mir geradezu wunderbar vorgekommen. Die Thatsache, daß Angesichts der Diätenlosigkeit gewählt worden ist, wird wesentlich geschwächt durch die Thatsache, daß das Haus im vorigen Jahre acht bis vierzehn Tage lang nie beschlußfähig war.

Wenn ich dann zurückkommen sollte auf die Vorschläge, welche der Hr. Abgeordnete gemacht hat, so glaube ich, daß der Vorschlag der Minderung der Wahlkreise einer Beschränkung der politischen Rechte der Reichsbürger gleich käme.

Wenn der Hr. Abgeordnete dann zum Schlusse noch auf das testimonium paupertatis hingewiesen und gewissermaßen dem Hause insinuiert hat, wenn es für Diäten stimme, so stelle es dieses testimonium sich selber aus, so überlasse ich es Ihnen

selbst, diese Art der captatio benevolentiae durch Ihre Abstimmung zu beurtheilen. Dasselbe gilt in Beziehung auf die Ermüdung, von der der Abgeordnete gesprochen hat. Ich glaube kaum, daß es angeht, von einem Beschlusse, herbeigeführt durch Ermüdung, in diesem Hause zu sprechen. Ich glaube, die Ehrfurcht vor dem Hause und dessen Mitglieder fordert, daß bei jeder Abstimmung, sie mag pro oder contra des Sprechenden ausgefallen sein, anerkannt werden muß, daß ihr eine gewissenhafte Prüfung und Entscheidung vorausgegangen sei. (Sehr wahr! im Centrum.)

× Aus dem Kreise Karlsruhe, 31. März. Der Bittgang unserer unterbadischen Herrn Stadtbürgermeister nach Berlin in Sachen der Tabaksteuererhöhung ist bei der Reichssteuercommission und den Bundesrath-Ausschüssen von keiner durchschlagenden Wirkung gewesen, da vom Centner getrocknetem unfermentirtem Tabak eine Gewichtssteuer von 8 Thalern in Vorschlag gebracht ist. Die unternommene süddeutsche Gegenvorstellung hat somit nicht imponirt, wovon sehr wahrscheinlich die betr. Abordnung schon vorweg überzeugt war, die Reise in die Kaiserstadt aber dennoch unternehmen wollte, um gegen allenfallsige unliebsame Vorwürfe gesichert zu sein. Zur Zeit agitirt noch gegen fragliche Steuer die Socialdemokratie und läßt ihre Petitionen in ziemlich reicher Anzahl an den Reichstag gelangen, wo schließlich die Hauptschlacht geschlagen werden wird, wenn nicht die Angelegenheit nach eingerissenem Reichsgebrauch vorher hinter den Coullissen in's Blei gebracht und seiner Zeit im Plenum nur noch ein mattes Welterleuchten zur Aufführung kommt. Bei der factischen Cordialität der liberalen Partei mit der Reichsregierung ist an eine Erhöhung der ersten ohnedies nicht zu denken, zumal das „Ziel“ der „Opfer“ viele noch erfordert. Auch kann der Tabak als Luxusartikel zur Noth gute Dienste leisten, dann wenn die liberale Partei in ihm die Salzsteuer zu Grabe bringt, so läßt sich manche schöne Rede im Interesse des Salz consumirenden Volkes flüssig machen, dem durch den eventuellen Hinwegfall eines halben Kreuzers per Pfund eine sociale Erleichterung zu Theil wird, die ihre wohlthunende Wirkung bis in den irdenen Topf des armen Tagelöhners erstreckt. — Aber Süddeutschland, speciell Baden mit seinen 32,451 Familien, die sich mit Tabakbau beschäftigen? Ach was, die Steuerbefürchtungen allda sind patricularistische Zukungen, die in Anbetracht des großen Ganzen keiner Berücksichtigung gewürdigt werden können. Und wenn in Süddeutschland zur Zeit neue Steuerbelastungen ungewohnt erscheinen, so möge man sich an den norddeutschen Brüdern sachdienlichen Trost holen, die ja bekanntlich noch allerlei Steuern auf dem Rücken haben, wovon der Südländer keine Vorstellung hat. Sollte man gar die Stenerschraube des neu entstandenen Reichs mit den vorgelegenen glänzenden liberalen Glückseligkeitsversicherungen nicht im Einklang finden, so mag diese Enttäuschung mit dem Spruche ausgebeutet werden: „Es ist nicht Alles Gold was glänzt.“ Aus Ultramontanen dient bei vorwärtiger, geplanter Tabaksteuererhöhung zur nicht geringen Verhütung, daß man weder uns noch den Jesuiten irgend eine Schuld wird beimessen können.

Donauersingen, 31. März. Ein furchtbarer Brand legte gestern in Ulmberg 32 Häuser in Asche. Er begann Mittags 2 Uhr und dauerte bis Mitternacht. Näheres fehlt noch. Der Platz ist nicht reich an Wasser. Der Anfang war im Wirthshaus zum Hirschen. Um 9 Uhr Abends scheint er seine größte Heftigkeit erlangt zu haben. Eine mächtige Feuerlinie war von hier aus zu sehen, obschon das Städtchen unten hinter dem Eichberge liegt.

(Karlsruh. Ztg.)
§§ Vom Gebirge, 1. April. Im Jahre 774 zog Karl der Große gegen die Longobarden, unterwarf sie und setzte ihren König Desiderius ab. Nach Karls Abzug versuchten jedoch die Longobarden einen Aufstand, an dem sich auch der berühmte Geschichtschreiber Paul Warnefried (Diaconus) betheiligte. Alle, die an dieser Verschwörung Theil genommen, wurden hingerichtet, nur Paul Warnefried wurde von Karl dem Großen begnadigt, „weil es schade wäre, Hände abzuhauen, die so Schönes geschrieben hätten.“ So dürfte wohl auch die elässisch-preussische Regierung denken dem hochberühmten Schriftsteller, Bischof Räß in Straßburg gegenüber. Offenbar hat der hochw. Bischof nach modern-liberalen Begriffen schwer gesündigt, weil er nicht sofort unterhängt den hochw. Generalvicar Rapp entließ; man wird sich aber sehr besinnen, ehe man gegen diesen 79jährigen Deutschen und hochberühmten Mann zur Ausweisung schreiten wird. Nicht genug, daß man die „Avant-

garde des Papstthums,“ wie Friedrich von Preußen die Jesuiten nannte, aus Deutschland hinauswarf, man scheint es jetzt auch auf alle energischen Generalvicare der Bischöfe abgesehen zu haben. In neuen deutschen Reichslande fangt es an, recht traurig zu werden.

* Aus Rastatt wird uns gemeldet, daß die Darstellung in verschiedenen Blättern, als ob der betrunkene Schuster, welcher ein Attentat auf Herrn Klosterpfarrer Brugier machte, eigentlich Herr Caplan Pfiffer habe treffen wollen, weil er an dessen Predigt Anstoß genommen, eine völlig irrige ist. In den liberalen Blättern hätte man es ohne Zweifel lieber, wenn ein Anstoß erregendes Wort einer Predigt den Anlaß zu dem Anfall auf einen Geistlichen geboten hätte; indessen sehen wir uns in der Lage, diese Freude, wenn sie vorhanden, „trüben“ zu müssen, da der betr. Attentäter bereits eingestanden hat, daß er gar nicht in der Kirche gewesen sei und also auch keine Predigt gehört habe und daß überhaupt eine Verwechselung mit einem andern Geistlichen nicht vorlag. Herr Pfarrer Brugier hat dem Menschen, der ihn um Verzeihung bat, bereits seinerseits das Unterlassen jeder weiteren Procedur zugesagt.

Z Aus dem Kraichgau, 1. April. Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, wie es der „Bad. Landesztg.“ gar nicht auf Widersprüche ankommt, wenn es sich darum handelt, den Katholiken einen Tritt zu geben. Dasselbe Blatt, das in einem Athenzug sagt, daß die Dogmen der Kirche sich „mit der Einsicht unserer Tage“ nicht mehr vertragen, und doch auch wieder von der hl. Tauffhandlung, der hl. Messe und den frommen Priestern der Altkatholiken spricht, dasselbe Blatt hat auch jüngst wieder einen solchen Widerspruch sich erlaubt. Es berichtet, wie auf einer bei Neßkirch gehaltenen Altkatholikenversammlung ein Bürgermeister in schlagender Weise den Unterschied dargelegt habe, der zwischen der Predigtweise Christi und der Predigtweise der heutigen kath. Geistlichkeit herrsche. Damit ist natürlich uns kath. Geistlichen von einem hochweisen Schulzen der Bortwurf in's Gesicht geschleudert, als seien wir gänzlich von dem Geiste unseres göttlichen Meisters abgekommen. Und einige Nummern später berichtet die nämliche Landeszeitung von dem Rabbiner Friedmann von Mannheim, daß er am Kaisergeburtstag eine herrliche Predigt gehalten habe. Er habe u. A. auseinandergesetzt, was Deutschland schon in der Kunst und Wissenschaft geleistet habe u. s. w. Diesen Bericht beschließt die Landeszeitung, wahrscheinlich mit Thränen im bekümmerten Auge, mit dem Herzenswunsche: „Wer möchte nicht wünschen, daß überall in deutschen Gauen die Lehre vom neuen Reiche so rein und lauter in den Gotteshäusern verkündet werde!“ Da komme heraus aus wer will! Die kath. Geistlichen werden geschimpft, weil sie angeblich auf der Kanzel das Wort Christi vergessen und zu viel politisiren, und ein Rabbiner wird belobt, gerade weil er politisirt, oder wie die Landesztg. mit evangel. Salbung spricht, „weil er die Lehre vom neuen Reiche so rein und lauter verkündet.“ Oder gehört die „Lehre vom neuen Reiche“ auch zur Lehre Jesu, die von den kath. Geistlichen so arg vernachlässigt wird? Dann müssen wir in Zukunft unsern kath. Katechismus noch ein IV. Hauptstück hinzufügen, mit der Ueberschrift: „Lehre vom neuen Reiche.“ Wenn aber „die Lehre vom neuen Reiche“ vorderhand noch nicht zur Lehre Jesu gehört, warum wird denn gerade ein Rabbiner deswegen als Muster für alle Prediger aufgestellt, die doch, wie die Landesztg. früher sagte, lediglich an die Lehre Jesu sich halten sollen? Der wahre Grund ist höchst wahrscheinlich dieser: die kath. Geistlichen werden in einem fort bekritlet und beschimpft, eben weil sie katholisch sind, und ein Rabbiner wird belobt, weil er jüdisch ist. — Es ist das traurig, aber ein neuer Beweis dafür, wie jene hohe Sonne, welche zuerst die „Heuchelei“ zur Schau trug, auch ihre Anbeter mit ihren Strahlen stark geblendet hat.

Stuttgart, 1. April. Der „Schwäbische Merkur“ meldet, daß am Sonnabend die Verlobung des Herzogs Karl Ludwig mit der Prinzessin Maria von Braganza auf Schloß Brombach in Baden, dem Wohnorte der Mutter der Braut, Prinzessin Adelheid, Bohnorte des weiland Königs Miguel von Portugal, stattgefunden habe.

* In Bingen hat auf dem Kirchenplatz eine Katholikenversammlung stattgefunden, bei welcher sich mehr als 3000 Personen betheiligten.

Berlin, 30. März. Der Philosoph Siege bezeichnet in seinem „Grundbegriff preussischer Staats- und Reichsgeschichte“ den Musterstaat Preußen als „eine

Riesenharfe, ausgespannt im Garten Gottes, um den Weltchoral zu leiten.“ Dieser „Weltchoral“ will nach den Worten des nordamerikanischen Präsidenten Grant immer lauter ein republikanisches Lied anstimmen, und es ist höchst merkwürdig, daß auch Bismarck, — der Leiter des europäischen Concerts, wie die Officiösen ihn nennen — nicht bloß den Präsidenten Grant trotz seiner republikanisch propagandistischen Tendenzen hoch leben, sondern durch den Mund seiner Blätter verkünden läßt: „Wir sprechen der Behauptung Grants, daß die civilisirte Welt der republicanischen Staatsform zustrebe, keineswegs alle Berechtigung ab.“ So verkündete ein hiesiger Bismarck'scher Goldschreiber in der „Ausg. Allgem. Ztg.“ mit dem Beifügen: „Bismarck rühmt sich, von der Schweiz und Nordamerika gelernt zu haben.“ Der „Weltchoral“, den Preußen leiten soll, verlangt zuvörderst nach dem Ausspruche des Bismarck'schen Schreibers: „Bei dem bevorstehenden Militärgefes werden im Reichstag ohne Zweifel, um den ungeheuren Kosten gegenüber doch einige Ersparungen eintreten zu lassen, die Dinge zur Sprache kommen, welche den herkömmlichen monarchischen Aufzug des Heerwesens ausmachen.“ Denn alles „Beiwerk“ der „erblichen Monarchie“, sei „sie groß oder klein, umfassend oder umfaßt“, muß „erlassen“! Ferner: „Neben der Ueberfülle des Parlamentarismus in Deutschland wird der Reichthum an Fürstlichkeit und Regierungsapparaten in den Landtagen künftig eine schärfere Kritik erfahren, als die Empfindungen der Dankbarkeit für die endlich hergestellte nationale Einheit bisher gestatteten. Es kann sogar eine bis jetzt nicht dagewesene Untersuchung des nationalökonomischen Werthes des Fürstenthums neben dem politischen nicht ausbleiben, und das Gothaische genealogische und historisch-statistische Taschenbuch hat in dieser Hinsicht unter der Rubrik „Deutsches Reich“ zwei kleine, aber inhaltsreiche Tabellen aufgestellt, die wir der Beachtung empfehlen!“ Die noch regierenden deutschen Fürsten mögen sich diese Tabellen einmal ansehen. „Alles das zielt auf Republik in der Monarchie“, versichert der Anhänger Fürst Bismarcks — wird aber schließlich mit einer bloßen Republik enden. Fehlen doch auch dem „Präsidenten der Vereinigten Staaten, namentlich in Bezug auf das Heer, die Mitglieder seines Cabinets und die Gesetzgebung, nicht alle Mittel eines kräftigen Regiments und einer monarchischen Bejagung, weangleich dort die Monarchie ohne Wiederwahl nur vier Jahre dauert.“ Interessant ist, daß auch die hiesige officiöse Presse das von hier nach Augsburg importirte Product des Preßbureau's mit Behagen aufstischt. (K. B. Z.)

Berlin, 1. April. Die geftrige Berathung der Preßgesetz-Commission gedieh bis S. 5 incl., war aber ohne erhebliches Interesse. Der Regierungs-Commissar schwieg auch gestern beharrlich.

Berlin, 1. April. Der Abg. Dr. Windt horst (Weppen) beabsichtigt die Ausweisung des Generalvicars Rapp zum Gegenstande einer Interpellation im Reichstage zu machen. Das Verfahren der Regierung gegenüber dem Hrn. Bischof und Feldpropste Ramszanowski, sowie die Aufhebung der kath. Feldpropstei wird bei der Berathung des Militärretats zur Sprache gebracht werden. (Germ.)

Breslau, 29. März. Unsere „Altkatholiken“ haben wieder einmal eine Schlappe erlitten. Ein Vorstandsmitglied ihres Vereins, Magistratssecretär Spalke, verlangte vor seinem in voriger Woche erfolgten Tode nach dem Pfarrer Spiede und löhnte sich mit der katholischen Kirche wieder aus. Dasselbe that ein Eisenbahnbeamter, der dem Bernehmen nach noch krank darniederliegt. (K. B. Z.)

Russland.

Wien, 1. April. Die galizischen Mitglieder der Delegation sind heute vollzählig hier eingetroffen und werden an den Verhandlungen der Delegation Theil nehmen.

Berjailles. Aus der Sitzung der National-Versammlung vom 29. März. Um 2 1/2 Uhr eröffnete Präsident Grey die Sitzung. Die Aufregung ist so groß, daß zehn Minuten vergehen, ehe der erste Redner zu Worte kommen kann. Fresnau (Rechie) will nicht die Person des Prinzen Napoleon, sondern Principien und Rechtsfragen verhandeln. Er findet, daß die Verhaftung des Prinzen Napoleon äußerst ungeschickt gewesen, und tadelt, daß die Prinzessin Napoleon von demselben Maßregel betroffen worden. Aber es scheint, daß die Prinzessinnen Herrin Thiers kein Glück brachten, und er deshalb dieselben fortgejagt habe. (Varin.) Dieses deruigte Blut, das Herr Thiers verjagt habe, würde, wenn Aehliches in England vorgekommen wäre, von den Arbeitern beschützt worden sein.

Aber die Regierung fühle sich nicht stark, die bloße Anwesenheit des Prinzen habe sie beruhigt. Fresneau schließt mit der Erklärung, für die Tagesordnung der Commission stimmen zu wollen. Der Justizminister Dufaure billigt im Princip die Tagesordnung der Commission. Niemals sei einem Mitgliede der Familie Bonaparte die Ermächtigung versagt worden, nach Frankreich zu kommen. Der Prinz Napoleon sei aber ohne Ermächtigung erschienen, und deshalb sei er ausgewiesen worden. Der Ausweisungsbefehl stelle dies fest. Der Regierung sei es unbekannt gewesen, daß die Prinzessin den Prinzen begleitete. Die Regierung habe der Prinzessin die größte Hochachtung bewiesen, denn diese Prinzessin habe die besten Erinnerungen in Frankreich zurückgelassen. Die Ausweisung habe nur den Prinzen betroffen, dessen Anwesenheit in einem Augenblick äußerst gefährlich erschienen sei, wo Frankreich sehr erregt gewesen, da man gerade den 4. September habe feiern wollen. Andererseits hatten zu dieser Zeit Mitglieder der Versammlung einen großen Theil Frankreichs, selbst Savoyen bereist (alle Blicke richten sich auf Gambetta), um Bankette zu veranstalten. Inmitten dieser Agitation habe die Regierung Nachricht erhalten, daß Napoleon vor den Thoren von Paris angekommen sei, und habe es daher für nöthig erachtet, Maßregeln zu ergreifen. Dufaure protestirt gegen Fresneaus Worte, die Regierung wisse nicht, was sie wolle, wohin sie gehe. Die Absetzung der Dynastie Bonaparte sei ausgesprochen worden. Wenn die Familie Bonaparte diese Absetzung angenommen, so würde die Regierung ihr gestattet haben, nach Frankreich zurückzukehren. (Große Aufregung. Galloni d'Istria unterbricht.) Herr Galloni d'Istria möge mir gestatten — fährt Dufaure fort — meine Gedanken zu entwickeln; wenn er etwas zu sagen hat, so werde ich ihm in einigen Minuten die Tribüne abtreten. (Lärm auf allen Seiten.) Ich lasse nicht zu, daß der Prinz Napoleon, welcher Napoleon III. so nahe steht, die nämlichen Rechte hat, wie ein einfacher Bürger. (Großer langanhaltender Tumult.) Dufaure weist dann darauf hin, daß eine gewisse Presse der Absetzung der Dynastie Bonaparte so wenig Rechnung trägt, daß sie gleich nach dem Tode Napoleons III. Napoleon IV. proclamirt, und liest dann einen Artikel des Pops vor, daß, wenn die Preußen einmal abgezogen seien, man Napoleon IV. nach Frankreich zurückführen werde. Dieses sei das Programm der Familie Bonaparte, und deshalb habe man die Maßregeln gegen den Prinzen Napoleon ergriffen, denn vor Allem habe die Regierung gewollt, daß man eine, wenn auch provisorische, doch sichere Regierung habe, bis eine endgültige constituirt sei. Wenn die Regierung die Tagesordnung der Commission gutheißt, so würde sie in sehr mißliche Lage gerathen. In Betreff der Familie Bonaparte verlange die Regierung ein förmliches Gesetz. „Wenn man“ schließt Dufaure „22 Jahre zurückgeht, so sieht man, wie eine aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangene Versammlung auf gewaltsame Weise aus ihrem Sitzungssaal verjagt, ihre Mitglieder verfolgt und wie gemeine Verbrecher in Zellen eingesperrt wurden. Seit 22 Jahren hat man von den Urhebern dieser Handlungen keine Rechenschaft verlangt, und heute will man eine Maßregel tadeln, die bezweckt, eine Gefahr zu verhüten und die öffentliche Ordnung sicher zu stellen.“ (Beifall links und im linken Centrum.) Depeyre, für die Tagesordnung der Commission, fordert Achtung vor der persönlichen Freiheit. Die Unterscheidung zwischen dem Mitglied einer Familie, die regiert habe, und einem einfachen Bürger sei unzulässig. An den Männern des 2. December möge man sich dadurch rächen, daß man die ewigen Principien der Gerechtigkeit und der Freiheit bekräftige. Choiseul (untes Centrum) spricht sich für die einfache Tagesordnung aus und weist auf das Auftreten des Kaiserreichs hin, um die Maßregel gegen eines der Mitglieder der kaiserlichen Familie vollständig gerechtfertigt zu finden. Dufaure (Justiz-Minister) weist die Präcedenzfälle aus dem Kaiserreiche zurück. Aber in den außerordentlichen Zeiten, in denen man sich befindet, wo es könne da eine Regierung, die man zwingt, eine Preße zu ertragen, die einerseits Napoleon IV., andererseits Henri V. proclamirt, thun, um die Ordnung aufrecht zu erhalten? Die Versammlung möge an das Haupt der Regierung denken, das von Beamten des alten Regimes umgeben sei. Diese Lage kann nicht fortbauern, und der Justiz Minister legt deshalb einen Gesetzentwurf nieder, in welchem verlangt wird, daß die Mitglieder der kais.-l. Familie in Zukunft nur noch mit der Ermächtigung der Regierung in Frankreich residiren können. Dieses fest-

gestellt, verlangt der Minister, daß man den Uebergang zur einfachen Tagesordnung votire. Depeyre hält die Tagesordnung der Commission aufrecht. Der Minister des Innern erklärt im Namen der Regierung, daß diese Tagesordnung nicht angenommen werden kann. Man schreitet nun zur Abstimmung über die einfache Tagesordnung, die mit 347 gegen 291 Stimmen angenommen wird. (Lebhafte Beifall auf der Linken.) Die Versammlung trennte sich in höchster Erregung.

Rom, 31. März. Der Papst empfing in besonderer Audienz den Prinzen Ludwig von Hessen-Darmstadt und dessen Gemahlin Prinzessin Alice.

London, 29. März. Vor einigen Tagen war in Plymouth eine Versammlung zur Unterstützung des von dem wohlbekannten Parlaments-Mitgliede Henry Richard eingebrachten Antrages auf Einsetzung internationaler Schiedsgerichte. In derselben erregte ein Redner die Aufmerksamkeit durch den Einspruch, den er gegen die dem kaiserlichen Prinzen Louis Napoleon gewährte Erlaubniß zum Besuche der Militär-Akademie in Woolwich erhob. „Warum geben wir, die friedlichste Nation in der Welt, dem Prinzen eine Erziehung und die Macht, welche ihn in den Stand setzt, späterhin die Völker Europas in Unruhe zu setzen? Lassen wir den Knaben doch in Ruhe und Frieden als fremden Flüchtling leben, laßt uns ihn aber nicht unterrichten und befähigen, eine Brandfackel in die Mitte unserer französischen Nachbarn zu schleudern.“ Der Redner fand eine solche Politik ganz und gar unbegreiflich und bezeichnete sie als geradezu erbärmlich!

Vom schönsten Wetter begünstigt fand heute die große Boot-Wettfahrt zwischen Oxford und Cambridge statt. Die Wettfahrt begann um 2 Uhr 15 Minuten und Cambridge trug den Sieg davon. Die Mannschaft der beiden Boote ist für den Abend zum Lord Mayor geladen. Die Aufregung der Bevölkerung war ungeheuer und unzählig die Menschen, welche hinausliefen, um auf der Strecke zwischen Mortlake und Putney dieses nationale Schauspiel mit anzusehen.

Von dem Ausfalle noch einiger Proben wird es wesentlich abhängen, ob wir auch bald mit Hilfe von Dampf auf den Straßenbahnen uns werden fortbewegen können. Ein Wagen, der von den bisherigen Pferde-Eisenbahnwagen sich fast nur durch den aus der Mitte der Decke hervorragenden kleinen Schornstein unterscheidet, ist angesetzt worden, welcher durch Dampf in Bewegung gesetzt und mit größter Leichtigkeit zum Stillstand gebracht werden kann. Der Kessel und die Maschine — von 8 Pferdekraft — befinden sich auf einem abgegränzten und eingeschlossenen Raume in der Mitte des Wagens, und es ist dafür gesorgt, daß keine zu große Ausstrahlung von Wärme die Passagiere belästigt, eben so, daß der Dampf kein unnöthiges Geräusch durch Pfeifen macht und daß das Sichtbarwerden des Dampfes auf ein Minimum beschränkt wird. Die angestellten Proben haben im höchsten Grade befriedigt. Der Wagen braucht nur noch auf der wirklichen Fahrstraße versucht zu werden, um dann nach Abschaffung der betreffenden Parlamentsacte zur öffentlichen Benutzung zu kommen.

Kopenhagen, 31. März. Das Folkething nahm in seiner heutigen Abend-sitzung mit 55 gegen 34 Stimmen die von der vereinigten Linken, welche 55 Mitglieder zählt, eingebrachte, gegen das Ministerium gerichtete Mißtrauens-Adresse an.

Madrid, 28. März. Die Unabhängigkeitsgelüste, welche sich in mehreren größeren Städten kundgeben, sind mit besonderer Schärfe auch in Malaga ausgeprägt. Der Gouverneur hat nicht die geringste Macht; gegen den Einfluß einiger „Häuptlinge“ in der Stadt kann er nichts ausrichten. Die bewaffneten Freiwilligen, ungefähr 10,000 Mann, theils aus der Stadt selbst, theils aus den umliegenden Ortschaften, halten allerdings die äußere Ordnung aufrecht und verhindern Raub und andere gemeine Verbrechen nach Kräften; dafür dulden sie aber auch nicht, daß die Regierung Truppen, Gendarmen oder Jollsoldaten schickt. Um die Befreiung der madrider Regierung kümmert sich Niemand. Dem Schatz fließt kein Pfennig aus den Staatskassen zu; die nächtliche Verwaltung nimmt Alles an sich und reicht damit noch nicht aus, da die Bewaffnung und der Unterhalt der Freiwilligen ihr große Kosten verursacht. So ist denn den wohlhabenderen Bürgern noch eine besondere Steuer auferlegt worden. Zum Freihafen ist Malaga nun seitlich nicht erklärt worden; aber dieser Förmlichkeit bedarf es kaum noch, denn der Schmuggel wird so eifrig betrieben, daß Tabak und alle Arten Baumwolle schon für den Bedarf von Jahren dort aufgespeichert liegen. Von Zeit zu Zeit wird ein

Gerücht von dem Anmarsche einer Carlstenschaar ausgesprengt; eine Freiwilligen-Abtheilung rückt aus, um sie zu schlagen, und wenn sie ohne einen Feind gefunden zu haben zurückkehrte, sind inzwischen durch das verlassene Thor einige Ladungen Schmugglerwaare eingebracht worden. Die Föderalisten in Malaga sind in zwei Parteien gespalten, von denen einstweilen die gemäßigtere das Uebergewicht hat; die andere, der Internationale zuneigende, rüstet sich für die Dinge, die da kommen sollen.

Madrid, 31. März. Der bisherige Generalcapitän von Valencia, Belarde, ist, der amtlichen Zeitung zufolge, an Stelle des abgetretenen Contreras nach Barcelona versetzt worden. Wie verlautet, liegt es in der Absicht, Barcelona in Belagerungszustand zu erklären. In Barcelona herrscht eine große Erbitterung gegen die Carlsten. Vorsichtsmaßregeln gegen die Anzündung der Kirchen und Gewaltthaten gegen die Priester werden getroffen.

Péripiguan, 1. April. Aus Barcelona sind folgende Meldungen vom 30. v. M. eingegangen: Der Ausschuß der föderativen Republikaner hat gestern ein Telegramm von Figueras erhalten, worin derselbe auspricht: Es sei die erste Pflicht eines guten Republikaners, die Ordnung aufrecht zu erhalten; die Regierung habe geeignete Maßregeln zur Abhilfe der Unglücksfälle von Ripoll und Berga getroffen, sie versäume Nichts, den Krieg zu beendigen und die Ruhe und das Vertrauen wiederherzustellen. — Mehrere Kirchen sind durch die bewaffnete Macht besetzt. Die Volksmassen sind durch die Erfolge der Carlsten sehr erbittert und versuchten in der letzten Nacht die Kirche Sanct Jacob anzuzünden. Die Kirche ist von Freiwilligen umstellt und einstweilen in eine Kaserne verwandelt. Die Volksversammlungen dauern fort.

New-York, 31. März. Ein furchtbarer Wirbelwind hat am Mississippi gewüthet, Bäume entwurzelt, Häuser zerstört und den Tod vieler Menschen verursacht.

New-York, 1. April. Beltnap und Sheridan inspiciren die mexicanische Gränze, wo Forts zum Schutze der Eisenbahnen angelegt werden sollen.

Teheran, 28. März. Am persischen Neujahrstage fand ein großes äußerst glänzendes Volksfest nach europäischer Weise statt und verlief in bester Ordnung. Gestern äußerte sich Se. Majestät der Schah in feierlicher Audienz mit sichtlicher Begeisterung über seine bevorstehende Reise nach Europa, von der er für das Land die besten Nachwirkungen erwartet.

Schanghai, 31. März. Der Großfürst Alexis ist gestern Abend von Hankow hierher zurückgekehrt.

* Schwurgericht.

Mannheim, 27. März. Moses Reinach von Sinsheim wird wegen betrügerischen Bankrotts zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Constanz, 27. März. Joseph Zimmermann von Adelshofen, wegen Raubs angeklagt, erhält eine Zuchthausstrafe von 3 Jahren. — Der 17jährige N. B. Müller von Sipplingen wird wegen eines Vergehens gegen die Sittlichkeit zu 2 1/2 Jahren Gefängniß verurtheilt. — Wegen eines ähnlichen Vergehens wird gegen den flüchtigen Joh. Rist von Bexern eine Zuchthausstrafe von 3 Jahren ausgesprochen.

.. Literarisches.

Wir möchten auf eine höchst zeitgemäße Wochenschrift aufmerksam machen, — es ist dies die „Monika“, ein Wochenblatt für Verbesserung der Familienziehung. Dasselbe ist sehr populär geschrieben und äußerst billig; bei Bestellungen von 20 Exemplaren erfolgt directe porto freie Zusendung zum Preise von 9 Kreuzer per Quartal; man best.ilt sie am besten direct bei Druck- und Commissionsverlag von F. B. Datterer in Freising. Die „Monika“ könnte so und sollte auch in Anbetracht der jetzigen oft so verkehrten Familienziehung in jeder Familie sein; sie eignet sich gut zum Einbinden und hat so bleibenden Werth. Möchten sich insbesondere die hochw. Herren Geistlichen recht um Verbreitung der „Monika“ annehmen, sie arbeiten sich dadurch zugleich für die Schule vor.

Briefkasten.

Nach E. Wir können jetzt nicht nochmals auf die Sammlung zurückkommen, das geht nicht an, nachdem wir erst die eingegangenen Gaben übermitteln haben.

In den Kreis Offenburg. Ihr Vorschlag gefällt uns sehr wohl; wenn's aber einen Galen dabei hätte, würden die Gegner lachen, was bekanntlich nicht angenehm ist. Wir meinen, man sollte diese Sache nicht in der Presse, sondern in den Kreisen der Betheiligten berathen. Sie werden uns verstehen, deutlicher zu sprechen wäre nicht ganz klug.

In den Kreis Gaißau. Wir haben Ihren Artikel im Eingang etwas geändert, weil nicht die Landesztg., sondern die Constanzerin das in Ihrem Briefe angeführte Dictum gethan hat.

Redigirt unter Verantwortlichkeit v. Dr. Ferd. Biffing.

**Bühl, Amts Waldshut.
Todesanzeige.**

Gestern Abend 9 Uhr starb hier, nach längerem Leiden, gestärkt durch die hl. Sacramente ruhig und gottergeben, mein lieber Vater **Andreas Zängerle**, im 79. Lebensjahre.
Meinen hochw. Amtsbrüdern, Freunden und Bekannten diese Trauernachricht mit der Bitte, des Verstorbenen im Gebete gedenken zu wollen.
Bühl, Amts Waldshut, den 1. April 1873.
Wilhelm Zängerle, Pfarrer.

Durch alle Buchhandlungen kann bezogen werden.

Ans Vergangenheit und Gegenwart.
Herausgegeben von Jakob Rostadt, Kaplan in Bingen.
Neue Folge. — Erstes Heft.
Jedes Heft (3 Doppelbogen mit e. 25 klassischen Gedichten, Erzählungen, Beschreibungen u. s. w.) bildet für sich ein Ganzes und wird einzeln abgegeben für nur 14 Kr. oder 4 Sgr.
Bei direktem Bezug von mehreren Exemplaren bedeutender Rabatt: bei 25 Ex. 30%, bei 50 Ex. 40%, bei 100 Ex. 50%.
Bingen a. Rh. Die Expedition.

Karlsruhe und Dilsberg. 3.2.

Bauarbeiten-Vergebung.
Nachstehende Arbeiten in der katholischen Kirche zu Dilsberg, Bezirksamts Eberbach, sollen zur Ausführung einzeln oder im Ganzen in Accord vergeben werden, und zwar im Anschlag zu:
Maurerarbeit 81 fl. 40 Kr.
Glaserarbeit 183 fl. 6 Kr.
Schlosserarbeit 40 fl. — Kr.
Tüncherarbeit 230 fl. 27 Kr.
Malerei- und Vergolderarbeit 636 fl. 25 Kr.
Summa 1171 fl. 38 Kr.

Zur Uebernahme lusttragende Handwerker werden eingeladen, ihre, nach Procenten der Kostenberechnung ausgedrückten Angebote unter Anschluß von Zeugnissen über Befähigung, Leumund und Vermögen schriftlich, versiegelt und mit Aufschrift versehen bis spätestens den 7. April d. J., Nachmittags drei Uhr, bei katholischer Stiftungscommission Dilsberg portofrei einzureichen.
Die Kostenberechnung und Bedingungen sind unterdessen ebendasselbst zur Einsicht aufgelegt.
Zur Eröffnung der Angebote ist den Bietern der Zutritt gestattet.
Karlsruhe und Dilsberg, den 26. März 1873.
Erzbischof. Katholische Bauamt. Stiftungscommission.

Allgemeine Versorgungs-Anstalt im Großherz. Baden.
Gegründet: 1835. Capitalvermögen Ende 1871: 9,913,786 Gulden.
5,665,021 Thaler.

Diese auf Gegenseitigkeit beruhende Anstalt übernimmt alle Arten von **Lebens-, Renten- und Aussteuer-Versicherungen.**
Die Prämien sind äußerst mäßig. Der ganze Gewinn, welcher sich durch bedeutende Erträge der Nebenanstalten erhöht, wird in Form von Dividenden vertheilt. Die Vertheilung geschieht nach Verhältniß des Zeitwerts eines Vertrags, mithin steigt bei der Lebensversicherung die Dividende von Jahr zu Jahr und betrug für das Jahr 1871: 8 1/2% dieses Werths.
Bei Annahme einer Dividende von nur 4%, dem wahrscheinlich niedersten Stande, ermäßigt sich die jährliche Prämie für 1000 Gulden Eintritt 30-Jährigen von **21 1/3** Gulden.
nach 5 10 15 20 25 30 Jahren.
auf ungefähr 18 2/10 15 6/10 12 7/10 9 9/10 6 2 4/10 Gulden.
Thaler.

Nähere Auskunft wird auf dem Bureau der Anstalt und bei deren Herren Vertretern gerne ertheilt.
Der Verwaltungsrath. 4.4.

Die kirchliche Musikschule
beginnt Dienstag den 13. April ihr Sommersemester. — Anmeldungen von Söglingen nimmt entgegen
J. Schweizer, Dompräbendar und Domkapellmeister.
Freiburg im Breisgau.

Anerkennung.
Herrn A. Dann in Stuttgart. Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen mitzutheilen, daß die Rathschläge, welche Sie auch für den kleinen Capitalisten in Ihrem „Neuen Verloosungs-Blatte“ (Anlage 8000) zu geben pflegen, mir mehrfach genützt haben; fahre Sie nur fort, eingehende unparteiische Berichte, desgleichen Winke darüber zu geben, was unter den jeweiligen Umständen zu thun sein möchte, so kann Ihnen Anerkennung und Dank nicht fehlen.
Herr Redacteur! Ich beere mich, Ihnen meine Anerkennung über die gelungene Ausführung Ihres Blattes, das hoffentlich recht stark Nachfrage findet, auszudrücken; ich habe seit Jahren auf ähnliche Blätter subscribirt, keines hat aber so sehr meinen Wünschen entsprochen, als das Ihrige.
Jede Post nimmt laut Zeitungstatalog Nr. 2355 zu 48 Kr. vierteljährlich Bestellungen an.

Kreuzwege 12
in Oel gemalt nach den berühmten Compositionen von Führich, Fortner etc., empfiehlt Unterzeichneter in folgenden Größen und Preisen:
130 Cent. hoch, 450 Thlr. mit Rahmen.
106 " " 350 " " " "
87 " " 240 " " " "
68 " " 180 " " " "
57 " " 120 " " " "
44 " " 90 " " " "
Stationen (Oelfarbenbild):
80 Cent. hoch, 115 Thlr. mit Rahmen.
45 " " 60 " " " "
33 " " 40 " " " "
Die hier angeführten Maße sind Silbergrößen mit entsprechender Breite, 2/3 der Höhe. Rahmen hierzu können nach Wunsch in Naturweidenholz oder Gold geliefert werden. Probefestungen und die besten Referenzen von hochw. bischöflichen Ordinariaten werden zur gefälligen Einsicht zugestellt, sowie Abschlagszahlungen angenommen.
Alle oben angeführten Größen sind vorrätig, und kann jeder diesbezügliche Auftrag auch für Altar- und andere Heiligen-Bilder schnellstens effectuirt werden.
Zu geehrten Aufträgen empfiehlt sich hochachtungsvoll
Krombach, Maler,
München, Müllerstraße 48/0.

Stelle-Gesuch.
Für eine Tochter aus guter Familie sucht man eine Stelle als Erzieherin in einer katholischen Familie. Dieselbe ertheilt Unterricht im Deutschen, Französischen und Musik und hat die besten Zeugnisse über ihre Leistungen aufzuweisen. Gefällige Offerten beliebe man an die Redaction einzusenden, welche auch weitere Auskunft zu ertheilen im Stande ist.

Stelle - Antrag.
Eine tüchtige Köchin, die auch noch andere Hausarbeit übernimmt und gute Zeugnisse besitzt, wird auf Ostern in Dienst gesucht. Wo? Zu erfahren auf dem Bureau d. Bl. 3.2.
Eine sehr gute, bereits noch neue **Mähmaschine** sammt Zugehör ist wegen Wegzug billig zu verkaufen. Näheres bei der Exp. d. Bl.

Karlsruhe.
Todesanzeige.
Heute Früh 5 verschied dahier nach längerem schweren Leiden, versehen mit den hl. Sterbsacramenten, meine geliebte Mutter **Regina Söll**, Privatiers.
Ich bitte um stille Theilnahme. Das Leichenbegängniß findet morgen Abend um 5 Uhr vom Vincenzshaus aus statt.
Karlsruhe, den 2. April 1873.
Friedrich Söll, Kleidermacher.

Katholischer Gesellen-Verein Karlsruhe.
Donnerstag 3 April: Familienabend zur Abschiedsfeier eines sehr werthen Ehrenmitgliedes. Gesellen und Ehrenmitglieder sind freundlichst gebeten, zahlreich zu erscheinen.
Der Präses.

Geld auszuleihen.
Im Kirchenfond Dberscheidenthal, Amts Buchen, liegen 100 fl. zum Ausleihen gegen gesetzliche Versicherung bereit.
Valentin Schnäz, Rechner.

Im katholischen Kirchenfond dahier sind bis in einem Vierteljahr 400 fl., und im Baufond dahier bis in einem Monat 1200 fl. Kapital gegen gesetzliche Versicherung auszuleihen.
Kürzell, Amts Laß, 31. März 1873. Die Stiftungs-Commission.

Fabrikanten & Kaufleute
können gegen mäßige Interessen Capitalien von 500 bis 5000 Pfund Sterl. erhalten. Auch werden achtbaren Häusern Blanco-Credite eröffnet. Briefe franco F. C. O. at Deacons News paper rooms 154. Leadenhallstreet London. 11

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.
Donnerstag 3. April. Zweites Quartal. 47. Abonnementsvorstellung. **Clavigo**. Trauerspiel in fünf Akten von Goethe. Anfang halb 7 Uhr.
Freitag 4. April keine Vorstellung.

Geburten.
27. März. Johanna, Vater Nagel, Professor.
27. " Heinrich, Vater Georg Heid, Schneider.
27. " Johann Georg Friedrich, Vater Georg Wurster, Schmied.
27. " Jeanette Karoline, Vater Gustav Mees, Blechnereimer.
28. " Ein Knabe (todtgeboren), Vater Eduard Ruh, Fabrikarbeiter.
28. " Karl Wilhelm Johann, Vater Karl Dürr, Assistent.
28. " Emma, Vater Johann Blochmann, Schuhmachereimer.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, den 1. April.

Staatspapiere.		Pr. comptant		Rheinl. 5% Obligationen v. 1872		100% s		6% Oester. Südbahn-Vor.		87% s	
1872	4 1/2% Consol. Oblig.	103 3/4	100	Belgien 4 1/2% Obligationen	100	100	100	5% Elisabeth-Coupons 1. Emission	60 1/2	100	100
	4 1/2% do.	100	100	Schweden 4 1/2% Obl. in Thaler	97 1/2	97 1/2	97 1/2	2. Emission	85 1/2	100	100
	4% do.	103 1/4	100	Schweiz 4 1/2% Eidgenössisch. Obl. i. Fr.	101 1/4	101 1/4	101 1/4	5% Römisch-Katholische Eisenbahn, 1863, 300 fl.	83 1/4	105 1/2	105 1/2
	5% Obligationen	100	100	4 1/2% Berner Obligationen	99 1/4	99 1/4	99 1/4	5% Hessische Ludwigsbahn	102 1/4	109 1/2	109 1/2
	4 1/2% do.	93 1/2	93 1/2	N. America 6% Bonds 1868 v. 1868	98 1/2	98 1/2	98 1/2	5% Preussische Ludwigsb. (Bergb.)	109 1/4	84 1/2	84 1/2
	3 1/2% do. n. n. 1868	88	88	5% do. 1868 v. 1868	97	97	97	5% Preussische Rheinl. (Wegb.)	71 1/2	71 1/2	71 1/2
	6% Obligationen.	106 1/4	106 1/4	5% do. 1904 r/w v. 1864	94 1/4	94 1/4	94 1/4	5% Sächsische Central	65 1/2	—	—
	4 1/2% do. (bis 1 Jahr)	100	100	5% do.	91 1/2	91 1/2	91 1/2	5% Sächsische Central	—	—	—
	4% do. (1 Jahr)	95 3/4	95 3/4	5% do. 1868 v. 1868	97	97	97	5% Sächsische Central	—	—	—
	5% Obligationen	103 1/4	103 1/4	5% do. 1904 r/w v. 1864	94 1/4	94 1/4	94 1/4	5% Sächsische Central	—	—	—
	4 1/2% do.	100 1/4	100 1/4	5% do.	91 1/2	91 1/2	91 1/2	5% Sächsische Central	—	—	—
	4% do.	93 1/2	93 1/2	5% do.	97	97	97	5% Sächsische Central	—	—	—
	4 1/2% Obligationen	100	100	5% do.	91 1/2	91 1/2	91 1/2	5% Sächsische Central	—	—	—
	4% do.	95	95	5% do.	97	97	97	5% Sächsische Central	—	—	—
	5% do.	105 1/4	105 1/4	5% do.	91 1/2	91 1/2	91 1/2	5% Sächsische Central	—	—	—
	5% do.	102 1/4	102 1/4	5% do.	97	97	97	5% Sächsische Central	—	—	—
	5% do.	98 1/4	98 1/4	5% do.	91 1/2	91 1/2	91 1/2	5% Sächsische Central	—	—	—
	5% Silberrente n. 4 1/2% do.	67 1/2	67 1/2	5% do.	97	97	97	5% Sächsische Central	—	—	—
	4% Papierrente n. 4 1/2% do.	64 1/2	64 1/2	5% do.	91 1/2	91 1/2	91 1/2	5% Sächsische Central	—	—	—
	4% do.	64 1/2	64 1/2	5% do.	97	97	97	5% Sächsische Central	—	—	—
	5% Reg. E.-B. v. 1868	77 1/2	77 1/2	5% do.	91 1/2	91 1/2	91 1/2	5% Sächsische Central	—	—	—
	5% Reg. E.-B. v. 1871	90 3/4	90 3/4	5% do.	97	97	97	5% Sächsische Central	—	—	—

Druck und Verlag von S. Schuler, Müllerstraße No. 20 in Karlsruhe.